

Ein Beispiel deutscher Inflationsgeschichte

Wolfgang Seiferth

Vor Jahren fand ich bei meinem Großvater im Speicher zwei etwas unansehnliche Kisten. In deren Innerem lagen, leicht verstaubt, Schallplatten für ein Grammophon. Die Kästen blieben vorerst unbeachtet, der Inhalt war von höherem Interesse. Erst viel später erkannte ich, dass es sich um Versandboxen der Molkerei Jauch in Biberach am Riß handelte, die nahezu 100 Jahre alt sind.

Beide Boxen tragen einen Nachnahmeaufkleber mit der Anschrift meines Urgroßvaters, der zur damaligen Zeit offensichtlich bei dieser Molkerei diverse Produkte per Nachnahme bestellte. Auf dem Rechnungsbriefkopfbogen ist zu erkennen, dass es sich in um eine Molkerei, Butter- und Käsegroßhandlung in Biberach handelte. Die Paketnummernzettel enthalten neben der Paketnummer und dem Ortsnamen Biberach (Riß) den Vermerk „Franz Jauch“, was darauf schließen lässt, dass es sich offensichtlich um eine größere Firma handelte, die einen regelmäßigen Versand hatte und daher als Selbstbucher durch die Reichspost autorisiert war.



Die Datierungen der beiden Pakete liegen nur 84 Tage auseinander, die Adressaufkleber und auch die Paketnummernzettel haben verschiedene Designs. Es wurden wahrscheinlich in diesen 84 Tagen mehr als 1.600 Pakete versandt. Auch die nominalen Werte der Sendungen haben bei gleichen gelieferten Produkten eine unvorstellbar große Differenz.



Woher kommt das?

Ursache war die Inflationskrise in Deutschland, beginnend mit dem Ersten Weltkrieg 1914, die ihren Höhepunkt im Oktober 1923 erreichte. Das finanzielle Gleichgewicht wurde durch die Kriegsfinanzierung und nach Kriegsende durch die Finanzpolitik der Reichsregierung empfindlich gestört.

Bereits zu Beginn des 1. Weltkrieges war es für das Deutsche Reich wichtig die Kriegskassen zu füllen. Das Finanzsystem war auf die totale finanzielle Mobilmachung umgestellt worden. Der Erlass der Währungsgesetze am 4. August 1914 war dabei eine auslösende Maßnahme. Einerseits wurde der Goldstandard für die Reichsmark abgeschafft, d.h. die Pflicht, die Ausgabe von Mark durch Gold zu sichern wurde aufgehoben. Bis dahin war die umlaufende Geldmenge zu einem Drittel durch Gold und durch zwei Drittel durch Handelswechsel gedeckt. Die Reichsbank konnte die Umlaufmenge an Geld nur erhöhen, wenn Gold oder Handelswechsel gekauft wurden. Nun war es möglich, unbegrenzt Schatzanweisungen und Wechsel in Mark oder Kredite zu verwandeln.



Zum anderen gründete die Reichsbank Darlehenskassen. Diese gaben Darlehenskassenscheine aus, welche den Handelswechseln gleichgestellt waren. Damit konnte die Reichsbank weitere Geldmittel ausgeben, da deren Deckung formal gegeben war. Ebenfalls den Zahlungsmitteln gleichgestellt wurden Reichskassenscheine, die ursprünglich dem Zahlungsausgleich zwischen den Ländern des Kaiserreichs und dem Reich dienten und nun zur Deckung hinzugezogen wurden. Formal liefen diese „Geldschöpfungen“ über die Dar-

lehenskassen, jedoch die Reichsbank stand als Initiator dafür. Die in den Umlauf gebrachte Geldmenge wurde durch den Geldbedarf der Reichsregierung bestimmt. Der Bedarf war bedingt durch die Kriegsführung immens hoch.

Das Kreditgeschäft wurde außerdem durch die Errichtung von Kriegskreditbanken ausgeweitet. Zwar wurden diese Institute durch Privatunternehmen gegründet, die Reichsbank stellte aber die Finanzierung durch Kredite sicher. Die steigenden Kredite bewirkten eine Erhöhung der Kaufkraft und um diese Mittel abzuschöpfen wurden Kriegsanleihen als langfristige Verbindlichkeiten ausgegeben. Die Gesamtzeichnungssumme belief sich auf ca. 100 Mrd. Reichsmark bis zum Jahr 1918. Dazu kommt eine schwebende Schuld von 50 Mrd. Reichsmark. Diese Summe bestand als ungeheure Belastung für die Weimarer Republik nach Beendigung des 1. Weltkrieges. Die Schulden durfte aus politischen Gründen nicht annulliert, sondern sie mussten bezahlt werden. Da aber die Nachfrage nach diesen Anleihen rückläufig war und daher die Kurse zurück gingen, stützte die Regierung den Anleihekurs durch kostspielige Zahlungen, auch in dem neues Geld gedruckt wurde. Die Ausgabe von Zinsen wurde längerfristig ausgesetzt.



Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern erhob die Regierung in Deutschland während der Kriegszeit keine höheren Steuern, die der Kriegsfinanzierung dienen sollten. Sie betrug nur 6 % auf die gesamten Kosten. Zudem waren die Steuereinnahmen in den Jahren 1915/16 durch reduzierte Zölle, um die Importe stabil zu halten, noch geringer.

Nach dem Waffenstillstand am 11. November 1918 wirkte sich die grenzenlose Geldvermehrung als eine Geldentwertung aus, welche zuerst außenwirtschaftlich im Verfall des Wechselkurses der Mark sichtbar wurde. Dadurch verteuerten sich die Importe. Die Siegermächte gaben ihre Wirtschaftsblockade nicht auf. Die Reichswährung wurde nicht als Zahlungsmittel bei internationalen Geschäften anerkannt. Alle Importe und Kriegsreparationen mussten in wertbeständigen Währungen bezahlt werden.

Den kompletten Beitrag lesen Sie in

Infla-Berichte 287

Sie können einzelne Hefte
zum Preis von 5 Euro (4 Euro für Mitglieder)
unter

INFLA-Berlin Verlags GmbH - Literaturversand
Wilhelm Keppler
Maybachstr. 17
71735 Eberdingen

Wilhelm.Keppler@web.de

bestellen.